

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit

47. Sitzung
13. Oktober 2014

Beginn: 16.04 Uhr
Schluss: 18.11 Uhr
Vorsitz: Fabio Reinhardt (PIRATEN)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Schlussbericht SenBildJugWiss – II B eGov – vom
09.07.2014

Rote Nummer 0820 H

**Entwicklung eines einheitlichen IT-Systems für die
Berliner Schulen**

– **Schlussbericht** –

(Berichtsauftrag aus der 47. Sitzung am 6.11.13)

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses vom
17.9.2014

[0136](#)
ITDat
Haupt

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Es liegt ein Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses vor, dem wir am besten in dieser Sitzung nachkommen – theoretisch könnten wir die Frist aber auch verlängern –, denn die Bitte um Stellungnahme ist zum 15. Oktober terminiert. Dazu liegt der Entwurf einer Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. – Herr Staatssekretär Rackles! Möchten Sie eine Stellungnahme zu der roten Nummer und möglicherweise auch zum Entwurf der Grünen abgeben?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Ich bin eher hier, um Fragen zu beantworten. Das ist ja ein Dauerprozess. Wir hatten mehrere schriftliche Anfragen von Herrn Birk beantwortet, wo viele Informationen drin waren. Da der Prozess sowohl öffentlich als auch politisch relativ hochgehängt ist, bin ich hier. Ich möchte aber nicht noch mal eine Grundsatzstellungnahme abgeben, sondern Fragen beantworten.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Wunderbar! Dann haben wir das geklärt. Es hätte jetzt die Möglichkeit gegeben, aber dann machen wir es in der Diskussion. Gibt es weitere Vorschläge oder Anträge zum Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses oder Änderungsanträge zum vorliegenden Entwurf? Das frage ich jetzt erst mal ganz theoretisch. – Die sehe ich erst mal nicht. Dann würden wir jetzt zur Begründung des vorliegenden Entwurfs kommen und können dann in die Diskussion einsteigen. – Herr Kollege Birk, bitte schön!

Thomas Birk (GRÜNE): Die Begründung ist von der eigentlichen Debatte, die wir jetzt führen werden, schwer zu trennen. Dieses E-Government@School-Projekt ist kein neues Projekt, sondern hat einen Vorlauf. Damals hieß es „eAdministration@School“, und 2009 wurde „eGovernment@School“ daraus. Das ist ein Großprojekt, wo alle Schulen an die Schulverwaltung angebunden werden sollen, um die Verwaltungsdaten zu transportieren, sicher zu speichern, übrigens auch die Schülerdatei, die es ja noch gar nicht gibt, obwohl sie seit 2009 auch im Gesetz steht, aber bis auf ein paar Versuche bisher noch nicht erfolgreich aufgesetzt werden konnte. Dazu kann Herr Rackles vielleicht etwas sagen.

Das Ganze wurde mit einer dezentralen Struktur über 700 Data-Center-Boxen in den Schulen mit bis zu zehn PCs aufgesetzt, unterstützt von einem Schulservicezentrum. Über ein sicheres Berliner Schulintranet sollten diese Daten zwischen den Schulen und der Verwaltung hin- und herfließen. Die Hauptkomponenten einer Berliner Schulmanagementsoftware waren die Fachverfahren Magellan und Untis. Diese ganze Struktur ist jetzt offensichtlich in Zweifel gezogen worden, nur sehr kurz und knapp von der Senatsverwaltung für Bildung angekündigt.

Man hat uns letztes Jahr im August mit einer roten Nummer noch in Sicherheit gewiegt, alles laufe wunderbar. Wir waren in den Haushaltsberatungen zunächst beruhigt, bis die Gelder für das Projekt weitestgehend dezimiert wurden, und dann haben wir natürlich nachgefragt, was jetzt los ist. Dass es Zeitverzögerungen gegeben hat, wussten wir alle. Dass es nicht so lief, wie wir uns oder die Senatsverwaltung sich das vorgestellt hat, wussten wir auch. Es gab Schwierigkeiten mit der Schnittstelle zwischen Magellan und Untis, die ewig nicht da war, und der Rollout hat länger gedauert als gedacht. Die Voraussetzungen in den einzelnen Schulen waren auch nicht gleich gegeben, sodass viele bauliche Anpassungen gemacht werden mussten, wie auch immer. Das ganze Projekt wurde offensichtlich gestoppt.

Jetzt wird eine zentrale Lösung angedacht, was ja nicht so ungewöhnlich ist. Wir wollen ja sonst auch gern webbasierte zentrale Lösungen, wenn es um Fachverfahren geht. Das ist nicht so eine ungewöhnliche Sache, nur haben wir hier auch ein Schulgesetz, das berücksichtigt werden muss, und wir haben einen langen Vorlauf. Es ist schon viel Geld ausgegeben worden, von den über 60 Millionen Euro wohl schon 40 Millionen Euro. Deswegen haben wir eine ganz Reihe von Fragen gestellt. Nachdem die rote Nummer sehr knapp war, dass man jetzt ziemlich sicher umschwenken möchte und da noch in Prüfung sei, habe ich fünf sehr umfangreiche und detaillierte Schriftliche Anfragen gestellt, und die Antworten waren sehr knapp – das verstehe ich auch, die Zeit war knapp, die verfassungsrechtliche Frist ist ja jetzt

sehr knapp bemessen – und werfen weitere, neue Fragen auf. Deswegen haben wir zu der roten Nummer einen Entwurf zu einer Stellungnahme, der sehr umfangreich ist, erarbeitet. Deswegen rede ich auch so lange. Das war die Vorrede und jetzt kommen die eigentlichen Punkte.

Zunächst ist eine Evaluation gemacht worden. Dazu haben wir auch eine Schriftliche Anfrage gestellt, worauf nur ganz knapp geantwortet wurde. Wir würden gern den Inhalt komplett wissen, und deswegen spricht nichts dagegen, diese Evaluation, dieses Gutachten dem Hauptausschuss, diesem Ausschuss und dem Bildungsausschuss vorzulegen, wo offensichtlich die aktuelle Lage analysiert worden ist und möglicherweise auch schon Alternativen angedacht wurden. Wir möchten das gern haben.

Das Zweite ist: Jetzt geht es ans Eingemachte. Wenn es um so viel Geld geht, braucht man natürlich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, was die Weiterführung der dezentralen Lösung und die Beendigung kosten würde und was alternativ eine neu aufgesetzte zentrale Lösung kosten würde, natürlich inklusive der Kosten, die man schon verausgabt hat. Rechnet es sich kurz-, mittel-, langfristig, jetzt umzuschwenken mit den entsprechenden Entwicklungs-, Installations- und Schulungskosten, die damit verbunden sind?

Wir möchten, dass uns ein Zeitplan vorgelegt wird. Hier kann man natürlich auch eine Einschränkung machen. Die Formulierung ist so gewählt, als wenn es die zentrale Lösung schon gebe und als wenn wir sie wollten. Das ist bisher keineswegs entschieden, zumindest vom Parlament nicht. Deswegen könnte man hier auch formulieren: eine „mögliche zentrale Lösung“ oder eine „angedachte zentrale Lösung“. Wir wollen einen Zeitplan haben und wissen, was in der Zwischenzeit passiert. Die Schulen sind dringend darauf angewiesen, eine sicherere Nutzung der Verwaltungssoftware gewährleisten zu können. Bisher sind offensichtlich die PCs, die ausgeliefert worden sind, in Betrieb, aber nur ein Bruchteil der Data-Center-Boxen. So fragt man sich auf welcher sicheren Basis, die Verwaltungssoftware im Moment bedient wird.

Es sollte außerdem dargelegt werden, in welchem Maße die technischen Voraussetzungen vorhanden sind, was z. B. den Datendurchsatz betrifft, wenn also alle gleichzeitig beispielsweise ihre Stundenpläne oder Zeugnisse erstellen und ausdrucken und damit hantieren. Dahinter muss ein kräftiger Server und das entsprechende Netz stehen, damit die Leute nicht eine halbe Stunde Kaffee trinken gehen können. Ist das bei einer geplanten zentralen Lösung gewährleistet? Wie kann vermieden werden, dass außerhalb der Schülerdatei und der Schulverwaltungssoftware IT-Sicherheitslücken und Datenschutzprobleme bei einer so zentralen Lösung auftreten? Denn es ist ja davon auszugehen, dass die Schulen auch noch etwas anderes mit ihren PCs machen als nur Verwaltung. Wir reden jetzt gar nicht über den pädagogischen Teil, dazu kommt noch eine Frage. Auch dazu wollen wir den höchstmöglichen Schutz, und dazu sollten auch die Data-Center-Boxen dienen.

Von den Anbietern ist bisher möglicherweise eine hybride Lösung angedacht worden, dass man also zentral und dezentral mixt. Möglicherweise ist es gar nicht möglich, erst mal damit anders umzugehen. Deswegen sollte auch geprüft werden, inwieweit das möglich ist.

Schließlich soll dargelegt werden, inwieweit die vorhandene dezentrale Struktur, die jetzt sozusagen fast fertig und im Rollout ist, dazu geeignet ist, den späteren vollständigen Umstieg

auf eine zentrale Lösung zu ermöglichen und was mit dem ganzen Kram passieren soll, der angeschafft worden ist. Es sind 700 Data-Center-Boxen bezahlt. 550 sind offensichtlich ausgeliefert, von denen – das würden wir auch gern wissen – angeblich bisher nur 120 in Betrieb sind. Die anderen stehen möglicherweise nur in Serverräumen rum oder sind noch nicht mal ausgepackt. Aber bezahlt hat sie das Land Berlin schon. Wir haben auch eine Software bezahlt. Die Lizenz für Magellan ist angeblich im August ausgelaufen. Uns würde interessieren – das sind Fragen, die ich heute Stellen würde –, ob die Lizenz verlängert worden ist, und wenn nicht, was die Schulen jetzt ohne Lizenz machen. Das ist eine Frage, die ich gern heute direkt stellen würde.

Weiter im Text mit dem Beschlussvorschlag: Der Rollout ist ja, wie gesagt, fast beendet. Deswegen wollen wir wissen, was dagegen spricht, diesen Rollout erfolgreich abzuschließen und sich dann zu überlegen, welche Lösungen man später wählt.

Was ist mit der pädagogischen Seite? Eigentlich sollte das Ganze mit den aufwendigen Data-Center-Boxen, die deswegen wahrscheinlich auch so teuer gewesen sind, später auch pädagogischen Zwecken dienen und für eine Lernplattform genutzt werden, und das muss auch sicher abgetrennt passieren. Das war alles geplant. Wenn das jetzt nicht der Fall ist, sofern man eine zentrale Lösung wählt, wollen wir wissen, welcher organisatorische, finanzielle, zeitliche, IT-sicherheits- und datenschutzrelevante Aufwand betrieben werden muss, um auch diese pädagogische Lösung herbeizuführen. Außerdem wollen wir, dass unverzüglich die Steuerungsgremien, die aufgelöst worden sind – was auch der Rechnungshof heftig kritisiert hat –, wieder eingerichtet werden, damit die Bezirke, das ITDZ und auch die Träger, die zur Unterstützung bereitstanden – Fraunhofer FOKUS war es, glaube ich – auch wieder eingebunden werden, weil das ein Megaprojekt ist. Wenn man jetzt umschwenken will, sollte man das Fach-Know-how und die Verantwortung der Leute auch hinzuziehen.

Schließlich brauchen wir auch eine Informationspolitik gegenüber den Schulen und den Bezirken. Soweit mir zugetragen worden ist, haben viele erst jetzt aus der Zeitung erfahren, was da eigentlich läuft, und das geht ja gar nicht. Die Schulen sind darauf angewiesen, mit dem Zeug zu arbeiten. Sie warten seit fünf Jahren auf eine Lösung, und jetzt kurz vor Schluss, nachdem aufwendig mit den Bezirken hin- und herüberlegt worden ist, wie man das alles machen kann, und die Sachen eingerichtet worden sind, lässt man die in der Informationspolitik außen vor. Das geht nicht. Dasselbe gilt für die Bezirke, die auch einen erheblichen Aufwand hatten. Auf eine Anfrage wurde geantwortet, man wisse nicht, was die Bezirke bisher dafür verausgabt haben. Da frage ich mich, wie man eine Wirtschaftlichkeitsberechnung machen will, wenn man nicht weiß, was die Bezirke bezahlt haben. Das sind alles Landesmittel. Insofern gehören die Bezirke auch vernünftig eingebunden. – Entschuldigung! Das war ein bisschen lang, aber das Thema ist sehr komplex, und deswegen auch die lange Beschlussempfehlung.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Vielen Dank, Kollege Birk! Man merkt, dass da Herzblut drinsteckt. Vielen Dank auch für den Entwurf, der vorliegt! – Frau Kollegin Möller, bitte!

Katrin Möller (LINKE): Ich will es kurz machen, weil Herr Birk umfassend begründet hat, worum es hier geht, und gezeigt hat, wie viele Fragen aufgeworfen werden sollten. Ich denke, es geht auch nur, eine Stellungnahme des Ausschusses in der Form abzugeben, wie sie Herr Birk vorgelegt hat, nämlich in Form eines Fragenkatalogs, weil alle Prozesse noch völlig offen sind und wir infolge der Nicht-Informationspolitik viel zu wenig wissen. Wir schließen uns den meisten der Fragen an, die Herr Birk aufgeworfen hat, und ich würde darum bitten, dass Herr Rackles sich dazu äußert, um dann gegebenenfalls nachzufragen. – Danke!

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Vielen Dank, Frau Möller! – Dann gebe ich dem Senat das Wort zur Beantwortung der Fragen.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Birk! Frau Möller! Das ist tatsächlich ein komplexes Verfahren, gar keine Frage. Ich habe auch, ehrlich gesagt, schönere Baustellen im Ressort als diese. Allerdings haben wir es in gewisser Weise geerbt. Das ist ein Großprojekt, Sie haben es genannt. Viele vertragliche Positionen waren fixiert. Das hatte ich auch in den Beantwortungen gesagt. Ende 2011, Anfang 2012 versuchten wir mit dem umzugehen, was da war, und das war ein hochkomplexes System von dezentral orientierten, mittleren Großrechenzentren an jeder einzelnen Schule.

Die Vorstellung, dass das inzwischen fertig ausgerollt ist und nur noch darauf wartet, dass wir jetzt den grünen Knopf drücken und es losgeht, geht ein bisschen an der Realität vorbei. Es ist in den Jahren nicht gelungen, obwohl alle gutwillig waren, eine vernünftige IT-Verkabelung hinzubekommen, wie ursprünglich vorgesehen. Es ist nicht gelungen, die Schulungen und die Hardwareausstattungen zu synchronisieren. Sie haben die Schnittstelle erwähnt, es gibt auch verschiedene andere, und es ist nicht gelungen, ein konsistentes Landessoftwaresystem zu haben, um die Bedarfe der Berliner Schule sowohl verwaltungs- als auch schulseitig abzubilden. Ich glaube, wir haben Hunderte von Patches – teilweise wurden Anforderungen der Schulen im Tagesrhythmus umgesetzt – in Richtung Magellan und Untis, insbesondere in Richtung Magellan, die ausgesprochen schwierig zu regeln waren.

Wir haben bereits Anfang letzten Jahres, konkret Mitte letzten Jahres – Sie hatten erwähnt, dass die Meldungen an den Hauptausschuss zu einem bestimmten Zeitpunkt kippten, nämlich als es um die Haushaltsberatungen 2014/15 ging. Als wir merkten, dass es nicht in der richtigen Geschwindigkeit geht, und wir das Gefühl hatten, konzeptionell in eine Sackgasse zu laufen, haben wir das Projekt im Hinblick darauf extern evaluieren lassen, ob wir uns technisch-organisatorisch in einer Sackgasse befinden. Das ist eine relativ ehrliche Bestandsaufnahme, die wir bewusst wollten.

Das Dokument, das Sie erbitten, hat zwei Teile. Das eine, das hatte ich schon mal gesagt, ist die Abfrage an den Schulen, wie die verschiedenen Softwarekomponenten von privaten Wettbewerbern wahrgenommen werden. Die werden da beurteilt. Das ist so etwas wie eine Umfrage, das kann man veröffentlichen. Der internere Teil hat einen gewissen Wettbewerbscharakter. Man müsste prüfen, ob man ihn dem Parlament zur Verfügung stellen kann. Grundsätzlich habe ich kein Problem damit. Man müsste es vielleicht in den Datenraum nehmen, weil ein paar Aussagen darin sind, die für einzelne Wettbewerber wirtschaftlich interes-

sant sind. Aber das ist nichts, wo ich unsere Verwaltung schützen will, sondern nur ein bisschen gucken muss, dass wir bei den Wettbewerbern keinen Schaden anrichten.

Es ist schon so, dass anders als in anderen Ländern – – Ich nenne zwei, die wir uns auch angeschaut haben. Das sind Brandenburg und Hessen, wo laufende Systeme sind, Hessen aber auch mit einem Vorlauf. Die haben eine ähnliche Agonie gehabt, allerdings mit dem Unterschied, dass sie es zum Schluss geschafft haben. Sie haben drei, vier Jahre, glaube ich, Blut und Tränen gelitten, und jetzt haben sie ein System, das sich LUSD nennt, was läuft, ein sehr mächtiges System. Ein etwas schmaleres System, das auch läuft, ist das Brandenburger System. Diese beiden Systeme haben wir uns nach der Erkenntnis, dass der Berliner Weg vielleicht ein, ich will nicht sagen, Irrweg, aber vielleicht eine Sackgasse ist, genauer angeschaut.

Wir sind jetzt in einer Zwischenphase, und das macht es so schwierig. Sie nannten eben die mangelnde Informationspolitik. Festzustellen, dass man in einer Sackgasse ist, und einfach aus Spaß und Tollerei weiterzuqualifizieren, auszurollen, obwohl man eigentlich ahnt, dass man in einer Sackgasse ist, ist das eine. Man beendet dann nämlich erst mal die Schulungen, denn es macht keinen Sinn, die Kolleginnen und Kollegen zu Hunderten auf etwas zu schulen, von dem man ziemlich sicher weiß, dass man in der Jahresperspektive entweder nicht dazu kommt – das haben wir 2011/12 auch schon gehabt –, oder wo man weiß, man steigt um. Deswegen haben wir die Schulungen tatsächlich angehalten, und auch das Ausrollen der Data-Center-Boxen ist angehalten worden im Hinblick darauf, dass wir wahrscheinlich systemisch auf eine zentrale Lösung umstellen.

Die Verwendung der Data-Center-Boxen ist ein anderes Thema. Ich gebe Ihnen völlig recht, dass wir gucken müssen, dass wir eine sinnhafte Nachnutzung haben, wenn man denn umsteigt. Aber die Entscheidung zum Umstieg, auch die kommunizierbare Entscheidung kann man leider erst treffen – – Ich bin der Meinung, das kann man erst seriös kommunizieren, wenn man weiß, in welche Richtung es geht. Die Entscheidung hängt aber wiederum an vergaberechtlichen Fragen. Je nachdem, wofür man sich entscheidet, hängen damit unterschiedliche vergaberechtliche Aspekte zusammen. Auch da gibt es wieder Wettbewerber, die am Straßenrand stehen und darauf warten, dass man vielleicht einen Fehler macht oder das falsche Zeichen gibt. Man kann nicht ganz locker eben mal sagen: Mensch, hier ist jemand, der die Berliner Bedürfnisse nicht erfüllt hat. Da wechseln wir jetzt und gehen woanders hin. – Deswegen ist die Bitte in diesen Bereichen, das vielleicht nicht zu akzeptieren, aber vielleicht nachzuvollziehen, dass wir hier tatsächlich eine Vielzahl von Akteuren haben und nicht so locker zu sagen ist: Wir gehen von A nach B.

Die weiteren Schritte, die vorgesehen sind: Wir hatten jetzt die Evaluation, die festgestellt hat, dass es Sinn macht zu wechseln. Wir haben auf dem Markt andere Anbieter und auch andere Produkte als vor vier Jahren. Das ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber der Zöllner-Ära, in der damals die Entscheidungen gefallen sind. Wir haben andere Produkte, die deutlich besser sind, was die Systemressourcen, die Webbasiertheit, die zentrale Anbindung betrifft, abgesehen von den Kosten für Server und Speicherplätze. Das ist heute deutlich anders als früher. Es macht also Sinn, in diese Richtung zu gehen. Wir sind dabei. Das ITDZ ist auch hier. Der Auftrag ist ergangen, wo eben auch die von Herrn Birk geforderte Wirtschaftlichkeitsberechnung in Bezug auf Alternativen erfolgt.

Was wir meines Wissens nicht dabei haben, ist die von Ihnen angeregte hybride Lösung. Ich halte, ehrlich gesagt, gar nichts von hybriden Lösungen in diesem Bereich. Das ist so komplex, das eine oder das andere zu tun, und jetzt der Versuch, beides zu tun, würde uns, glaube ich, wieder überfordern. Das ist jetzt nicht „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“, sondern Sie haben selbst gesagt, dass es heutzutage relativ naheliegend ist, webbasierte, zentrale Lösungen vorzuhalten. Das ist am Ende im Betrieb auch deutlich kostengünstiger. Auch die Logik – ich habe das am Anfang nicht verstanden –, wie man 700 Schulen regelmäßig Softwareupdates vor Ort draufspielt – – Allein das ist schon ein Argument für eine zentrale Lösung, dass man einen Server hat, wo einmal die Software aktualisiert wird, und dann haben alle die gleiche Oberfläche, den gleichen Datenbestand und die gleichen Versionen. Also, das macht durchaus Sinn.

Zu den datenschutzrechtlichen Bestimmungen: Es hieß am Anfang, der Datenschutzbeauftragte würde einer zentralen Lösung nicht zustimmen. Das hat sich auch in dieser Verkürztheit nicht bestätigt. Wir hatten kürzlich wieder Kontakt, und unsere Häuser sind insgesamt in relativ enger Abstimmung. Es geht immer um die Frage, wie Daten vorgehalten werden, wie sie getrennt werden. Da drüben sitzen die Experten. Natürlich gucken wir, dass die Datenbestände nicht allgemein verfügbar sind, und es gibt Methoden und auch Software, die gewährleistet, dass eine zentrale Lösung datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu 100 Prozent genügt. Darauf werden wir auf jeden Fall achten.

Das weitere Vorgehen wäre: Wenn wir mit einem der beiden Länder kooperieren würden, entweder Brandenburg oder Hessen, müssen die uns eine Kooperation oder die Übernahme ermöglichen. Beides brauchen wir, um praktisch weiterzumachen. Wenn wir diese Freigaben haben, die Wirtschaftlichkeitsberechnung und diese Studie zu den Defiziten des bisherigen Projekts, dann kann man daraus den Beschluss machen, den man auch kommunizieren kann und wo man sagen kann: Es geht ab jetzt aus dem und dem Grund in diese Richtung. – Dann weiß man auch, was an Software und Hardware benötigt wird oder nicht.

Wir werden auf jeden Fall einen Betrieb von Untis weiter gewährleisten, das ist unzweifelhaft. Die gesamte Verwaltungssoftware, die es gibt, arbeitet mit Untis. Das ist ein Stundenplanprogramm. Das würde also keine Fehlinvestition sein. Auch die Schulungen auf Untis können problemlos weiterlaufen. Hier wird eine Schnittstelle problemlos möglich sein. Wir werden auch, egal, was wir tun, dafür sorgen, dass der Weiterbetrieb, der Stand-alone-Betrieb von Magellan für die Schule möglich ist und eine Schnittstelle zu den Daten, Import und Export, ermöglicht wird – zwischen dem neuen System, wenn es eines gibt, und Magellan. Eine unmittelbare Hybridlösung von Magellan, integriert in ein neues System, erscheint mir nicht sinnvoll. Ich glaube, dagegen sprechen auch alle Expertisen, weil es nur komplexer wird. Magellan hält ja eine Teilfunktionalität vor, die wir gerade durch ein anderes System eventuell besser und zentraler vorhalten wollen.

Ein Wunsch noch am Rande, wenn es mir erlaubt ist: Sie haben uns – ich glaube, im Oktober war es – mit fast 60 Fragen, fünf schriftlichen Anfragen – – Zwei Wochen hat das Projektteam praktisch nicht am Projekt arbeiten können, weil wir damit beschäftigt waren, Ihre legitimen Fragen zu beantworten. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber Sie müssen ein bisschen überlegen: Wenn wir regelmäßig in dieser Form mit dem Team, das wir haben, Abfragen starten, z. B. auch die Kosten der Bezirke für das Projekt „eGovernment@School“ bei zwölf Bezirken und 700 Schulen erfassen – – Da haben wir Daumengrößen. Wenn wir das

seriös machen wollen, müssten wir das in den einzelnen Bezirken erfassen, und das dauert Wochen bis Monate. Das ist seriös in den Phasen, in denen wir sind, kaum leistbar, und es bindet Ressourcen, die wir in das Projekt selbst investieren müssen.

Sie haben viele Fragen drin, die Frage der Evaluation oder die Frage der technischen Voraussetzungen für die zentrale Lösung, die wir so oder so bearbeiten. Wir werden Ihnen als Ausschuss, dem Hauptausschuss sowieso, Referenz und Verantwortung geben müssen, wie die Strategie jetzt aussieht. In dem Moment, wo wir die Entscheidung treffen, kann man das auch in ein Rollout-Konzept in der Umsetzung – beispielsweise auch diese ursprüngliche Festlegung, dass man mit den komplexesten Systemen, nämlich OSZ und Gymnasium anfängt – – Ich würde es umdrehen: Keep it simple! Fangen wir mit den Grundschulen an, lassen wir es hochwachsen, so, wie es im Ursprungsprojekt vorgesehen war! – All diese Punkte würden wir Ihnen ausführen.

Aber die Bitte ist: Geben Sie uns ein ganz klein bisschen Luft und Zeit, dass wir Ihnen sagen: In diesem Jahr oder bis November ist die Grundentscheidung gefallen, die wir Ihnen auch dokumentieren und wo wir die Strategie verbinden. Eine Umstellung auf ein neues System wäre in Jahresfrist wahrscheinlich realistischerweise zumindest in den Anfängen machbar und auch den Schulen gegenüber kommunizierbar – dass man also im Schuljahr 2015/16 versucht, mit einem bestehenden System, das in den anderen Bundesländern funktioniert, im Ansatz zu starten. Das setzt immer voraus, dass die IT-Verkabelung und die IT-Ausstattung der Bezirke, woran wir immer noch arbeiten und wo die Bezirke aus unterschiedlichsten Gründen unterschiedlich weit sind, stehen, denn ohne die entsprechende IT-Infrastruktur kann man jedes noch so gute System aufbauen, aber es wird ohne diese Punkte nicht funktionieren.

Die Data-Center-Boxen sind praktisch das Einzige, wo man sagen könnte, dass eine Fehlinvestition droht, wenn nicht eine vernünftige Nachnutzung gewährleistet wird. Da sind verschiedene Möglichkeiten denkbar. In großen Häusern – wir haben ja große OSZ, große Gymnasien, große ISS – kann man ein solches Gerät gebrauchen. Das sind IT-Porsches, mit denen man da arbeitet. In kleineren Grundschulen brauchen sie das im Regelfall nicht. Sie hatten ein Beispiel genannt, eEducation. Da sind verschiedene Modelle denkbar, wo man überlegen kann, die Nachnutzung zu ermöglichen. Ansonsten werden wir in allen anderen Bereichen – Arbeitsplatz-PCs, IT-Infrastruktur und Software –, wie gesagt, bemüht sein, dass die Investitionen nicht umsonst waren.

Zu der Zahl der Data-Center-Boxen: Wir haben nur einen Teil davon abgenommen. Es sind 550 in Gänze bezahlt, vertraglich abgenommen. – [Zuruf von Thomas Birk (GRÜNE)] – Ja, da war ein Fehler. 550 haben wir drin. Da ist ein Fehler mit 200, glaube ich, drin gewesen, die noch ausstehen. Das war ein Fehler in der Formulierung. Es sind 550 Data-Center-Boxen vertraglich abgenommen worden bzw. bezahlt. Die sind noch nicht alle abgenommen. Wir sind im Moment mit dem ITDZ dabei – eine Verhandlung für Nachfolgeaufträge –, also einfach zu verhandeln, ob es Beweglichkeit gibt, dass man weniger abnimmt, als man durch die Verträge von 2011 gezwungen ist. Da sehe ich eigentlich mit einigermaßen Zuversicht in die Zukunft. Das wird man minimieren, aber nicht völlig ausschließen können. In diesem Bereich sind, wie gesagt, hochwertige Server, die zum Teil in diesen berühmten Schränken stehen, die normale Grundschulen in dieser Größenordnung kaum brauchen. – Vielleicht erst mal dazu.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Rackles! – Kollege Birk, bitte schön!

Thomas Birk (GRÜNE): Herr Rackles! Ich verstehe schon, dass Ihnen das alles viel Arbeit macht, aber ehrlich gesagt, sind die Fragen, die wir Ihnen gestellt haben, und auch die Frage, die wir Ihnen jetzt mit der Beschlussempfehlung mit auf den Weg geben wollen, eigentlich alles Fragen, wo ich denke, dass Sie sie sich sowieso selbst beantworten müssen, denn sonst können Sie das Projekt gar nicht weiterführen. Wenn Sie nicht wissen – nur als Beispiel –, was die Bezirke ausgegeben haben, noch mal die Frage: Wie soll dann die Wirtschaftlichkeitsberechnung aussehen? Die Kosten kommen beide aus dem Gesamtopf des Berliner Landes, und wenn es um Kostenvergleiche geht, müssen Sie doch selbstverständlich einberechnen – auch wenn es vielleicht pro Schule gar nicht so viel war –, wie viel es gekostet hat, den Raum herzurichten, in dem diese Data-Center-Box steht. In einer Reihe von Schulen mussten die Räume extra dafür hergerichtet werden, die sie jetzt gar nicht brauchen oder vielleicht irgendwann brauchen, und dann – was weiß ich – unter anderen Voraussetzungen.

Dann sagen Sie: Na ja, vielleicht können die Schulen die Data-Center-Boxen irgendwie weiter nutzen. – Aber mit welchem Support denn? Das müssen Sie doch auch einberechnen. Wenn die die eigenständig weiternutzen, muss doch eine Infrastruktur da sein, die zu unterstützen. Die wollen Sie ja eigentlich entfallen lassen, weil Sie durch eine zentrale Lösung diese Serverwartung wahrscheinlich nicht mehr finanzieren werden. Wie sollen die Schulen das dann finanzieren? Das heißt, das Projekt hat an jeder Stelle Haken und Ösen, egal, wie Sie es machen. Die dezentrale Lösung, so sehr man sie kritisieren kann, hat natürlich den Vorteil: Wenn an einer Schule der Server nicht funktioniert, dann kann an einer Schule jemand das Zeugnis oder den Stundenplan nicht ausdrucken oder erstellen, aber wenn es für alle ausfällt, liegt möglicherweise gerade in der Zeugnisvergabezeit zwei Tage oder einen Tag lang – wir haben es bei den Bürgerämtern durchaus erlebt – alles brach. Damit kann man irgendwie leben, aber man muss unter Umständen für Ausfalllösungen auch noch mal Kapazitäten vorhalten, die nicht billig sind. Das muss alles mit einberechnet sein, und das gehört meiner Ansicht nach alles mit in die Wirtschaftlichkeitsberechnung hinein.

Dann sagen Sie: Lassen Sie uns noch ein bisschen Zeit! – Das Problem ist: Wir sind schon so weit hintendran, dass man wirklich nicht glauben kann, dass wir in Berlin in einer modernen Stadt leben. Wir wollen hier Smart City und alles Mögliche machen und würden jetzt wieder komplett von vorn anfangen. Wenn Sie sagen, Sie wollen jetzt bei den Grundschulen anfangen, frage ich zunächst mal: Warum hat die Bildungsverwaltung der Teufel geritten, sodass sie das Projekt mit den Gymnasien und Berufsschulen begonnen haben, wo man wusste, dass der Aufwand am größten ist, weil die mit ihren Managementaufgaben, Stundenplanerstellung und sonst was am komplexesten sind im Vergleich zu Grundschulen? Warum hat man damit angefangen? Das Projekt wurde dadurch gestört. Warum hat man dieses vermaledaite digitale Klassenbuch da noch mit reingepackt? Das nutzt im Moment nur eine Berufsschule, und dafür ist ein halbes Jahr verlorengegangen, weil man dieses Ding noch installieren wollte und Schnittstellen usw. schaffen musste. Man hat damit unnötig Zeit verloren für ein Projekt, das überhaupt nicht da hineingehörte.

Wenn Sie jetzt neu anfangen wollen, müssen Sie ja tatsächlich, wenn Sie möglicherweise auch noch mit einer neuen Software anfangen, diese ganze Entwicklung, die auf die Schultypen passen muss, wieder von vorn beginnen. Sie haben zwar jetzt einige Erfahrungen mit

den Schultypen, aber letztlich braucht es wieder Entwicklungszeit, dann wieder neue Schulungszeit. Eine zentrale Lösung hat natürlich nicht so einen Rollout wie eine dezentrale Lösung, aber das Ganze braucht Zeit. Das heißt: Wie sieht Ihr Zeitplan aus – bestenfalls und in der Berliner Realität, denn das sind ja immer zwei verschiedene Paar Stiefel? Und was würde es tatsächlich an Zeit kosten – deswegen auch die Frage, die wir gestellt haben –, den Rollout jetzt tatsächlich zu Ende zu führen, erst mal damit zu arbeiten und dann erst in Ruhe eine zentrale Lösung zu erarbeiten, also nicht mehr unter dem Zeitdruck? Diese Unterstützungsorganisation ist seit Jahren im Aufbau und müsste dann eigentlich auch arbeiten können. Das heißt, die Schulen könnten einen entsprechenden Support bekommen. Warum ist das nicht möglich?

Dann noch mal zur rechtlichen Situation. Das Ganze wurde dezentral begonnen, so wurde es mir erklärt, weil man durch § 64a des Berliner Schulgesetzes der Meinung war, dass bestimmte Daten der Schülerdatei nicht außerhalb der einzelnen Schule personalisiert geführt werden dürfen. Dem ging hier eine lange Debatte zur Schülerdatei voraus. Deswegen wähten sich die Projektleiter und Entwickler damals wohl auf der richtigen Seite, wenn sie es dezentral machen. Jetzt antworten Sie auf eine Schriftliche Anfrage, dass der Datenschutzbeauftragte keine Bedenken gegen eine zentrale Lösung ohne rechtliche Änderung habe. Dazu würde mich eine Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten interessieren. Ist es aber dann nicht doch sinnvoller, das Schulgesetz noch mal anzufassen, um hier Missverständnissen vorzubeugen, denn ich als Laie habe das so gelesen, dass ich dachte, der Server müsse tatsächlich in der Schule sein, wo diese Daten gehalten werden, und diese Daten könnten nur in nicht personalisierter Form weitergegeben werden?

Ich hätte noch tausend Fragen. Ich stelle sie jetzt nicht. Trotzdem aber noch die Frage, was jetzt mit Magellan ist. Sie sagten, Sie wollten im August die Lizenzen nicht verlängern. Wie haben Sie da gehandelt, und wie gehen Sie mit diesem Firmeninhaber um? Was ich so gehört habe – – Ich finde, mit Vertragspartnern muss man vielleicht auch in so einer schwierigen Situation fair umgehen.

Wir haben aus dieser roten Nummer erfahren, dass wir noch gar keine Lösung für die Schülerdatei haben. Seit fünf Jahren ist sie Gesetz. Ich glaube, viele Leute denken, die wäre längst da. Es hieß: Die ist ja auch unbedingt notwendig. Wir brauchen das, wahnsinnig wichtig, unbedingt! – Dabei haben wir sie noch nicht. Wie transportieren die Schulen derzeit ihre Daten für die Schülerdatei in die Schulverwaltung? Auf welchem Weg passiert das? Wie sicher ist dieser Weg? Wie aufwendig ist der Weg, und wie lange soll das noch weitergehen, solange wir keine Struktur haben? Wenn Sie die zentrale Lösung erst basteln sollen, müssen noch drei Jahre lang irgendwelche Sticks oder sogar Papier durch die Gegend getragen werden, und wie zeitnah haben Sie dann die Daten, die Sie angeblich brauchen, um die Lehrerbedarfe, Schulplätze usw. tatsächlich zu berechnen? Sind Sie auch bereit, die Steuerungsgremien wieder zu installieren? – Das halte ich für eine wirklich wichtige Sache. Sie sagen, Sie wüssten nicht, was die Bezirke bezahlt haben. Die Bezirke wissen es bestimmt. Vielleicht sollten Sie einfach die Bezirke wieder einbinden. Dann könnten Sie mit ihnen auch leichter kommunizieren. Ansonsten finde ich, dass so ein komplexes Projekt nicht nur von einer Schaltstelle irgendwo gehandhabt werden kann, sondern eine komplexe Steuerungsstruktur braucht.

Im Übrigen habe ich vergessen, ein Wortprotokoll zu beantragen. Das würde ich jetzt gern im Nachhinein noch tun.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Hat jemand etwas gegen das Wortprotokoll? – Wunderbar! Dann erstellen wir zu dem Punkt ein Wortprotokoll. Das halte ich auch für relevant. – Frau Kollegin Möller!

Katrin Möller (LINKE): Es gibt kaum mehr was zu ergänzen. Nichtsdestotrotz interessiert uns brennend die Frage, wie mit der Schülerdatei umgegangen werden soll, weil wir uns auch sehr gut an diese Debatte erinnern können, die sehr umfangreich war. Im § 64a ist klar geregelt, wie und wo eine Schülerdatei eingesetzt, verarbeitet werden darf usw. und was mit den Daten passieren darf. Herr Birk hat schon gesagt, dass er wissen möchte, was der Datenschutzbeauftragte dazu sagt. Wir sind nämlich der Meinung, dass das Schulgesetz an der Stelle geändert werden müsste, wenn Sie das so vorhaben, und waren doch etwas alarmiert über die Formulierung in der roten Nummer, weil von veränderten Anforderungen die Rede war. Wir würden gern heute wissen, wie das gemeint ist.

Ich würde gern nachfragen, was denn eigentlich die Hauptkritikpunkte des Rechnungshofs waren. Wir haben von dem Rechnungshofbericht in erster Linie über die Pressemeldungen erfahren. Das würde mich auch heute schon interessieren. Ansonsten vielen Dank für die große Offenheit und das Eingeständnis, dass man in so einer Frage auch mal in einer Sackgasse landen kann! Dafür bedanke ich mich explizit. – Die anderen Fragen hat Herr Birk bereits gestellt.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Kollege Weiß, bitte schön!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN): Vielen Dank! – Es fällt mir bei dem Thema immer ein bisschen schwer, den Fragen von Herrn Birk noch irgendwas hinzuzufügen. Eine Sache ist mir nach dem Vortrag noch etwas unklar geblieben, und zwar haben Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, dass Sie die Möglichkeit behalten wollen, dass dort, wo Magellan bereits ausgerollt ist, es weiterverwendet wird und dann auch Schnittstellen zum neuen System möglich sind. Was genau ist denn die hybride Lösung, von der Sie sagen, dass Sie sie nicht wollen, wenn nicht das?

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Gibt es weitere Nachfragen! – Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung – Herr Staatssekretär Rackles, bitte schön!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Jetzt deutlich weniger offen, weil ein Wortprotokoll geführt wird. – [Heiterkeit – Zuruf] – Livestream sogar, das habe ich übersehen. Gut! Dann gucken wir mal, wer das beobachtet. – Ich gehe die Fragen in der Reihenfolge durch.

Vergleich der IT-Kosten: Herr Birk! Die Verkabelung der Bezirke und die Ausstattung der Infrastruktur der Schulen ist eine, die in der Alternativsetzung der Software, die draufsetzt, für die Kalkulation der Wirtschaftlichkeit in meinen Augen eine sekundäre Rolle spielt. Bei der Gesamtevaluation des Projektes, was die gesamte Verkabelung und den Anschluss der Schulen an das „e-Government“-Projekt betrifft, müsste man es mit reinnehmen. Ich bin ziemlich sicher, dass die Bezirke ähnlich wie bei den Sanierungsangaben nur bedingt auskunftsfähig wären. Wir können die Sache bei Gelegenheit gern erheben, aber das hat für uns im Moment keine Priorität, weil es für die Entscheidung – – Wir brauchen eine funktionsfähige IT-

Infrastruktur, und die ist so oder so notwendig. Beim Status quo ist sie notwendig, bei einem hessischen Modell ist sie notwendig, und bei einem anderen ist sie notwendig. Deswegen ist sie für die Entscheidung über eine Alternative eigentlich nicht das zentrale Kriterium. Das kann so ein bisschen akademisch als Vervollständigung der Kosten des Gesamtprojektes mit reinnehmen, aber die Erhebung dessen ist nicht trivial und ist für die Aussage über den Fortgang des Projektes in meinen Augen nicht strategisch wichtig. Sie brauchen auf jeden Fall die IT, und die ist ja nicht versenkt. Die Kosten sind auf jeden Fall sinnvoll gewesen, denn so oder so brauchen Sie die IT-Anbindung der Schulen, und da sind wir noch nicht am Ende.

Die Räume für die Data-Center-Boxen sind sehr unterschiedlich ausgeprägt gewesen. Sie können sich gern mal die einzelnen Geschichten anschauen, wo diese Data-Center-Boxen zum Teil stehen. Nach meiner Analyse – und das ist bestätigt durch Experten, dazu gehört auch Fraunhofer – ist dieser Weg mit den Data-Center-Boxen, der eben die 700 kleinen Rechenzentren vorhält, der falsche, und da muss man auch nicht künstlich versuchen, diese Data-Center-Boxen in den geschlossenen Klimaanlageanlagen, mit den komischen Griffen, den Sicherheitsbestimmungen und den Ausfallkriterien vorzuhalten. Deswegen ist das kein Ziel. Wir werden das nicht künstlich verlängern, wenn wir der Meinung sind, dass ein zentrales System deutlich effektiver, deutlich sicherer und deutlich wirtschaftlicher ist. Deswegen ist dieses Argument, dass man versucht, diese Boxen und diese Räume noch irgendwie aufrechtzuerhalten – – Das halte ich wirklich für einen Fehler. Das ist unser Fehler gewesen. Wir als Haus, nicht ich als Person, haben uns damals dafür entschieden. Das ist in meinen Augen ein Irrweg gewesen, und den versuchen wir jetzt zu korrigieren. Am Ende des Tages, hoffe ich zumindest, werden diese Räume mit diesen Boxen so nicht mehr gebraucht werden. Deswegen suche ich auch keine künstliche Verteidigung für diese Räume.

Zum Support für diese Data-Center-Boxen: In dem Moment, wo sie installiert sind, läuft ein fünfjähriger Vertrag – auch eine hübsche Ausgestaltung. Da ist der technische Support dabei. Wenn die Dinger angeschlossen sind und betrieben werden, haben Sie als Schule erst mal fünf Jahre – – [Thomas Birk (GRÜNE): Für einen Service, den sie gar nicht nutzen können, wenn die Dinger da stehen!] – Das sage ich ja. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie ständig danach rufen, wir sollen die Dinger unbedingt anschließen. Wir haben kein Interesse daran. – [Thomas Birk (GRÜNE): Sie haben das doch schon bezahlt!] – Nein, noch nicht, ein ganz wichtiger Punkt! Das beginnt zu laufen an dem Punkt, wo die Dinger angeschlossen werden. Deswegen war meine Bitte – schon damals bei den Haushaltsberatungen –, uns nicht zu zwingen, so viele von den Dingen zu installieren, solange wir nicht sicher sind, dass wir sie wirklich brauchen.

Zur Einführungsstrategie, warum damals OSZ und Gymnasien genommen wurden: Die Logik dahinter ist ja nicht ganz falsch, zumindest konnte man sie damals vertreten. Ich sage ja, das wurde wenige Wochen vor meinem Amtsantritt entschieden. Das Argument war: Wir fangen mit den komplexesten Systemen an, denn wenn die komplexesten Systeme abgebildet werden, dann funktioniert das System. Das Leben im Allgemeinen vom Flughafen bis zur IT heißt wahrscheinlich: Fangen wir mal lieber locker und klein an! Wenn der erste Flieger abhebt, kann ich davon ausgehen, dass die größeren Flieger abheben, und das gilt wahrscheinlich auch bei den Schulen. Ich wäre ganz stark ein Anhänger davon, bei den weniger komplexen Systemen anzufangen. Aber natürlich muss dieses System dann auch greifen und hochwachsen in die gymnasiale Oberstufe. Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn ich die Kurssysteme nicht abbilden kann.

Aber ich sage noch mal: Zwei Bundesländer, wo ich mir das mit mehreren Expertinnen und Experten, auch Schulsekretärinnen, Schulleitern und Oberstufenkoordinatoren angeschaut habe, haben ja funktionsfähige Systeme, und die Hoffnung ist schon da, dass wir mit einem System ins Geschäft kommen, mit dem man tatsächlich arbeiten kann – mit Anpassungsbedarf; wir müssen gucken, was wirtschaftlich ist, –, sodass wir das Berliner Schulsystem angepasst bekommen in die Grundschullogik, Sek-I-Logik und Sek-II-Logik. OSZ ist noch mal ein Sonderthema.

Das elektronische Klassenbuch haben Sie genannt. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Der Wunsch, ein elektronisches Klassenbuch abzubilden, kam zum Teil auch aus dem parlamentarischen Raum. Wir haben es gemacht, und ich finde es für eine Schule auch vertretbar. Wir wollten es ursprünglich für zehn Schulen anbieten, völlig überfordert. Das kriegt man im Projektverlauf nicht hin. Man lernt ja auch an diesen Projekten, und das Projekt hat uns gesagt – auch mit der Behörde von Herrn Dix –: Du musst von jedem Erziehungsberechtigten eine Unterschrift bekommen, dass das mit der SMS-Benachrichtigung okay ist. – Als allein das klar war, war eigentlich schon klar, dass wir das gar nicht leisten können. Wir haben es für eine Schule gemacht, ein OSZ hat das durchgekämpft, hat die gesamten Unterschriften organisiert. Jetzt gucken wir, ob es technisch realisierbar ist. Das ist eine totale Überforderung dieser Projektstruktur gewesen. Das sind die Kleinigkeiten, die aus jeder Ecke kamen. Da ist keiner schuldig, aber in der Summe hat sich ein Projekt ergeben, bei dem man fast zum Stillstand kam, wo wir jetzt versuchen, mit trivialen Ansätzen, einfachen Strukturen und einem relativ klaren Zeitplan weiterzukommen.

Stichwort Zeitplan: Ich kann hier keine Kalenderwoche nennen, aber wir haben die Informationen mit dem ITDZ hoffentlich im Oktober, spätestens im November vorliegen, um im November die Entscheidung zu treffen, ob wir rückwärts aus der Sackgasse rausfahren, um dann ungefähr anzudeuten, in welche Richtung wir fahren, nämlich ziemlich sicher in eine von den beiden genannten Landeslösungen. Aber auch die lösen noch mal vergaberechtliche Fragen aus. Sie haben freundlicherweise einen Hinweis auf die Brüder gegeben, die hier mit einem Softwareprodukt aktiv sind. Sie haben gemeint, man müsste freundlich mit seinen Vertragspartnern umgehen. Das tue ich immer, aber wenn einzelne Vertragspartner anfangen, einen zu beschimpfen und festzustellen, dass man unsachlich – weil irgendwelche familiären Beziehungen vielleicht von Projektpartnern da irgendwie durchschlagen bei der Auswahl von Softwareprodukten – – Das wirkt nicht besonders seriös, und dahinter droht immer so etwas wie eine Klage. Deswegen habe ich in diesem konkreten Fall gesagt, dass ich im Moment keinen Bedarf habe, mich mit diesen Vertretern unmittelbar zu treffen. Auf Arbeitsebene sind die im Austausch, und natürlich wird Magellan – darum geht es ja konkret – weiterhin betrieben werden können. Das ist der Hinweis.

Für uns heißt das: Eine Schule, die sich bewusst für Magellan entschieden hat, ihr Personal darauf geschult hat und Magellan einsetzt, um bestimmte Schulprozesse abzubilden – alles nicht vernetzt nach oben, aber um in der Schule mit Magellan zu arbeiten –, soll die Möglichkeit erhalten, ihre Daten zu exportieren, wenn sie später in ein zentrales System umsteigen will. Wir werden nicht – das meinte ich vorhin – eine Integration von Magellan in ein größeres zentrales System vorhalten. Das sehe ich im Moment nicht. Ich will es nicht ausschließen, aber ich sehe es nicht, und das wäre ein hybrides Modell, wo man versucht, zentral – – [Thomas Birk (GRÜNE): Das ist hybrid, was Sie da machen!] – Dann sind wir alle für die hybride Lösung. Sie haben ja die Anbieter genannt. Die Anbieter wollen dezentral mit ihren Softwareprodukten arbeiten und das zentral durch irgendein beliebiges Softwareprodukt verbinden lassen und den Datenaustausch organisieren. Die Systeme, die wir uns anschauen, gehen bis in die einzelne Schule hinunter, und da wird auch die Datenerfassung erfolgen. Dann sind die Softwareprodukte, die das klassische Schulverwaltungsmanagement machen, nicht mehr nötig.

Untis ist die Ausnahme. Auch die großen Produkte halten Unterrichtsprogramme vor, aber Untis ist ein so eingespieltes Unterrichtsplanungssystem, das man integrieren würde. Das ist

eine Hybridlösung, von mir aus, dass man Untis dabei hat. Aber ein weiteres Schulverwaltungssoftwareprogramm hätten wir nicht vorgesehen, würden wir auch nicht integrieren wollen, weil es nur zusätzliche Schnittstellen schafft, und wir haben mit diesen zusätzlichen Schnittstellen in den vergangenen zwei Jahren keine guten Erfahrungen gemacht.

Zum Datenschutz, Schulgesetz kann vielleicht Herr Dr. Dix etwas sagen. Wir wären offen für eine Schulgesetzänderung. Man würde einiges begradigen können. Ich glaube, da sind wir uns einig. Aber von der Rechtstheorie her ist es durchaus möglich, im bestehenden Rechtsrahmen eine zentrale Lösung zu forcieren. Allerdings gebe ich Ihnen recht – das sind ja historische Debatten gewesen, die bisher gewachsen sind –: Wenn man das bereinigen will, sind wir die Letzten, die einer Schulgesetzänderung da nicht entgegensehen. Nur ist es, glaube ich, nicht zwingend. Aber da ist Herr Dr. Dix der Berufenere.

Die Zukunft der Schülerdatei: Frau Möller! Es hat sich dadurch Anpassungsbedarf theoretisch ergeben, dass die KMK – Es gibt einen KMK-Datensatz, den die KMK definiert – was für Schüler für die Berichterstattung gebraucht wird. Wenn wir eine Verwaltungssoftware haben, wo wir berichten, dann ist für uns so ein bisschen dieser Datensatz irrelevant. Es kamen zum Teil einzelne Attribute und Kriterien dazu, die theoretisch einen Anpassungsbedarf an diesen Schülerdatensatz erzeugen würden. Das ist aber in keiner Form in Beton gemeißelt. Aus der Ecke kommt Anpassungsbedarf.

Grundsätzlich ist die Schülerdatei praktisch die Basis dessen, was wir über Schülerlaufbahnen abbilden, wenn auch anonymisiert. Das Wichtigste ist für uns immer der Bruch, also aus der Kita in die Grundschule, aus der Grundschule in die 5/6, aus der 5/6 in die Sek I und Sek II und dann ins Berufsschulwesen. Diese Datensätze sind letztlich das Relevante. Die bilden den Kern des Verfahrens, und als solches wird diese Datei auch abgebildet werden. Sie wird nie als ein singuläres Softwareprojekt erzeugt. Deswegen steckte die von Anfang an in der Krux, dass sie mal mit und mal ohne E-Government diskutiert wurde.

Steuerungsgremium für das Projekt: Ich gebe Ihnen recht, Herr Birk! Ein funktionsfähiges Projekt, wenn es denn läuft, braucht eine Abstimmungsinstanz und eine Steuerungsinstanz. Beides wird natürlich kommen. Die sogenannte Abstimmungsinstanz, auf die Sie sich beziehen, waren damals knapp 30 Leute, die in großen Runden drei, vier Stunden geredet haben, und wo, wenn man die Protokolle durchguckte, am Ende nichts Operatives herauskam. Das macht dann Sinn, wenn man das System wieder laufen hat. Das ist auch eine Kritik des Rechnungshofes. Das Projektmanagement war von Anfang an nicht optimal, um es mal vorsichtig zu formulieren. Wir werden in dem Moment, wo die Zielstellung klar ist – das macht Herr Hansen –, nach dem Projekthandbuch Berlins auch wieder ein Projekt definieren. Bis Ende des Jahres steht das, und dazu wird sowohl eine Abstimmungsinstanz mit den Bezirken, den Gewerkschaften und der Personalvertretung gehören – da ist eine ganz Latte von Personen drin – wie auch eine Steuerungsinstanz, wozu beispielsweise das ITDZ gehört. – Ich glaube, das waren die Punkte.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Herr Dix! Wollen Sie noch etwas dazu sagen?

Dr. Alexander Dix (Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit): Ich bin direkt wegen der rechtlichen Voraussetzungen einer zentralen oder einer dezentralen Lösung angesprochen worden. Ich will daran erinnern, dass das Schulgesetz in § 64 die Voraussetzungen

der Verarbeitung von Schülerdaten regelt. Das ist die ursprüngliche und umfassende Regelung des Datenschutzes in der Schule. Im Abs. 2 findet sich dort eine Vorschrift, die ein erster Regelungsversuch für die besondere Situation von Lehrern war, die in Schulen ja kein Dienstzimmer haben, sondern gern auch mal Schülerdaten mit nach Hause nehmen wollen, um dort meinetwegen Zeugnisse zu schreiben. Für diese besondere Situation steht im Schulgesetz, dass an sich Bedienstete keine Schülerdaten auf Geräten außerhalb der Schule verarbeiten dürfen, es sei denn, der Schulleiter gestattet das ausdrücklich mit bestimmten Konsequenzen, dass sich die Lehrer auch zu Hause unter Umständen einer Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten unterziehen müssen.

Unabhängig davon sieht aber auch diese allgemeine Regelung schon im § 64 die Möglichkeit der auftragsweisen Verarbeitung von Schülerdaten auch außerhalb der Schule vor. Das ist relativ am Ende – im Abs. 9 – geregelt, der allgemeine Verweis auf das Berliner Datenschutzgesetz. Das ist für den Laien nicht unmittelbar verständlich, insbesondere das Verhältnis zu dieser ausdrücklichen Regelung, dass Lehrer im Prinzip Schülerdaten nicht außerhalb der Schule verarbeiten dürfen. Zusätzlich verkompliziert wird die Lage durch den neu eingefügten § 64a zur automatisierten Schülerdatei, wo ausdrücklich drinsteht, dass bestimmte, besondere sensitive Informationen – nämlich die Informationen über nichtdeutsche Herkunftssprache und außerunterrichtliche Förderung und Betreuung, Eigenanteil für Lernmittel – nur in aggregierter Form überhaupt die Schule verlassen dürfen.

Eine Zentralisierung kann mit Auftragsdatenverarbeitungsregelungen, die jede einzelne Schule dann mit dem künftigen zentralen Dienstleister schließen müsste, durchaus auch nach dem geltenden Gesetz schon dargestellt werden. Es wäre aber besser und klarer, wenn das Schulgesetz in diesem Punkt modernisiert würde und diese sehr historisch gewachsenen Verästelungen begründet würden. Das würde ich sehr begrüßen. Das würde auch den Anwendern helfen, die ja mit diesem Rechtsrahmen umgehen müssen.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Vielen Dank! – Kollege Birk hatte sich noch mal gemeldet.

Thomas Birk (GRÜNE): Eine Frage ist noch offengeblieben, nämlich auf welchem Wege bisher die Daten für die Schülerdatei, soweit sie erhoben wird – das, was Sie da brauchen –, von den Schulen in die Verwaltung transportiert werden – das hatte ich gefragt – und wie lange dieser Weg noch so beschritten werden wird.

Wir reden hier auch von Datensicherheit. Das war auch der Grund, warum man das ganze Projekt aufgesetzt hat. Wenn Sie sagen, einzelne Schulen können Magellan irgendwie weiter nutzen – – Oder ich habe am Anfang die Frage gestellt, was eigentlich passiert, wenn außerhalb der Schulmanagementsoftware und außerhalb der Schülerdatei die Schulen einfach mit Daten arbeiten. Wie sicher lagern die auf den PCs, auf irgendwelchen alten Schulservern, die schon da sind, oder bei den neu angeschlossenen Data-Center-Boxen? 120 sollen doch in Betrieb sein. Wie wird das sein, wenn Sie eine zentrale Lösung haben? Wie geht es damit weiter? Soll das dann alles über die zentrale Lösung laufen? Liegen dann, wie es möglich ist, alle Daten dort? Dann müssen Sie auch dort Vorkehrungen treffen, oder Sie müssen Vorkehrungen treffen, dass andere Wege nicht mehr möglich sind, denn sonst haben wir ein Sicherheits- und Datenschutzproblem. – Das war die zweite Frage.

Die dritte Frage: Sie sagten, die Data-Center-Boxen müssten erst bezahlt werden, wenn sie angeschlossen werden. Sie haben mir aber auch meine Frage über die verschiedenen Zeitschienen geantwortet – [Staatssekretär Mark Rackles: Der Service muss dann erst bezahlt werden!] – Der Service muss dann erst bezahlt werden. Das heißt, die 5,6 Millionen Euro, die Sie jetzt schon dafür ausgegeben haben, sind ohne Service? Laut der Antwort haben Sie jetzt schon 5,6 Millionen Euro ausgegeben, und dann steht da weiterhin, dass die restlichen auch noch abgenommen werden müssen, und sie wären zu bezahlen, auch wenn sie noch nicht installiert sind oder noch nicht bei Ihnen stehen, sondern noch bei der Firma. Mich würde es interessieren, ob die 5,6 Millionen Euro den Service schon beinhalten. Dann wäre es ja so, wie ich sagte: Wenn nur 120 davon bisher in Betrieb sind, wäre für die restlichen 330 der Service praktisch schon bezahlt, obwohl Sie ihn nicht nutzen wollen. Das muss man dann auch berücksichtigen. Aber bei dem Gesamtprojekt von 40 Millionen Euro macht das den Kohl vielleicht auch nicht mehr fett.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Herr Staatssekretär Rackles, bitte!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Es geht natürlich um jeden Euro, Herr Birk, keine Frage. Die Zahl von 5,5 Millionen Euro ist richtig – die ausgegebene Summe. Aber die Wartung und die Gewährleistung, der technische Service und die Gewährleistung starten erst mit der Installation. Das sind ja relativ gute Verträge, was die Serviceleistungen betrifft. Aber jede Serviceleistung, die wir nicht auslösen, ist eine gute, und wir versuchen im Moment im Gespräch mit dem Anbieter, eine Reorganisation dieses Vertrages zu organisieren. Das ist ein Versuch. Ich glaube nicht, dass wir am Ende des Tages 550 Data-Center-Boxen vollständig abrechnen müssen, insbesondere, was die Folgekosten betrifft.

Jetzt habe ich vor lauter Aufregung die ersten zwei Fragen nicht mehr auf dem Schirm. – [Thomas Birk (GRÜNE): Wie werden die Daten jetzt transportiert?] – Das sind ja verschiedene, es gibt ja Tausende von Daten, das ist ja das Problem in diesem ganzen Feld. Das Ziel von „eGovernment“ ist ja, dass man einheitliche Strukturen, einheitliche Normen, einheitliche Standards hat und im Idealfall beim ITDZ, einem öffentlichen Dienstleister, die Daten mehrfach gesichert vorgehalten hat, nach Zugriffsrechten, die dem Datenschutz entsprechen.

Im Moment ist es so, dass wir beispielsweise die Abiturdaten, die wir bekommen, die theoretisch in so ein System reingehören könnten, teilweise auf USB, teilweise auf Listen, teilweise noch interessanterweise auf Disketten bekommen. Also es gibt die verschiedensten Varianten, wie das zusammengetragen wird. Die werden ins Haus getragen, ausgewertet, eingespeist. Also wollen Sie gar nicht wissen, wie das im Einzelnen läuft. Wir versuchen immer im Rahmen des Möglichen, ein Maximum an Konsistenz zu erzeugen. Aber Sie ahnen ja nicht, was die Schulen teilweise anliefern, teilweise – das mag ja sein – aus der Verzweiflung heraus, weil bestimmte Sachen nicht funktionieren, oder man hat eben mal WinSCHOOL, druckt was aus, macht eine Exceltabelle und bringt die zur Hauptverwaltung. So läuft das zum Teil. Die Verwaltungsdaten, die Statistiken – dieser KMK-Datensatz wird über unsere Statistikabteilung bei den Schulen direkt erfragt. Das sind teilweise Statistikkbögen, die entweder elektronisch oder sogar offline vorliegen. Das ist alles hochbeschwerlich, hochunsinnig, mit vielen Schnittstellen.

Der Gedanke ist tatsächlich, all diese Sachen in ein zentrales System zu integrieren, das einen vertrauenswürdigen Dienstleister hat. Am Ende des Tages werden wir wahrscheinlich tatsäch-

lich lostraben und 700 Unterschriften organisieren müssen – von Schulen mit einem Dienstleister in öffentlicher Hand vermutlich, der ermöglicht, dass dieser Datenaustausch vernünftig und auch rechtlich konform erfolgt.

Thomas Birk (GRÜNE): Meine zweite Frage haben Sie auch noch nicht beantwortet. Was passiert außerhalb dieser Schulmanagementsoftware und der Schülerdatei mit den restlichen Daten? Wo sollen die später sicher gespeichert und verwaltet werden?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Ich kann mir jetzt gar nicht so furchtbar viele Datenkränze vorstellen, die außerhalb des engeren Verwaltungssystems sind. Wir haben die Lehrerdaten extra. Das ist was anderes. Das wird nicht – – Aber alles, was den Schüler bzw. die Schülerin betrifft, ist an sich über die Schülerverwaltungssoftware abgebildet bis hin zur Zeugniserstellung. Ich wüsste jetzt nicht, welche – – Ich hoffe – ich habe bisher keine Hinweise darauf –, die Schulen horten nicht weitere Daten in irgendeiner Form. Von den Funktionalitäten her, die mit Verwaltung zu tun haben, das wird regelmäßig durch die Schulverwaltungssoftware abgebildet.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Herr Birk, bitte!

Thomas Birk (GRÜNE): Entschuldigung! Aber es gehört mehr zum Schulmanagement, als Schülerverwaltung zu betreiben. Wenn Sie ein Schulfest organisieren oder einen Wettbewerb, ist das doch kein Schulmanagement in dem Sinne. – [Zuruf von Staatssekretär Mark Rackles] – Da bin ich gespannt, wie Sie das alles softwaretechnisch abbilden wollen.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Jetzt haben wir erst mal alle Fragen abgearbeitet. Herr Staatssekretär! Sie merken, das Interesse ist hoch. Sie haben gesagt, einiges könnten Sie jetzt noch nicht beantworten, weil Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, bis Ende des Jahres eine Umsteuerung vornehmen wollen. Sie wollen vermeiden, dass alle Fraktionen einzeln noch mal Anfragen stellen. Haben Sie einen Vorschlag, dass Sie vielleicht bis Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres einen Bericht bezüglich der Fragen reinreichen, die diesen Ausschuss hier besonders betreffen? Dann könnte man das ein bisschen steuern und auch fokussieren. Gibt es da von Ihnen einen Ansatz?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Ich kann Ihnen gern anbieten, dass wir bis Ende des Jahres eine Beschreibung der strategischen Neuausrichtung des Projektes liefern, auch unter Auswertung und auch unter Kommunikation der Eckpunkte der Studie, unter Auswertung der Wirtschaftlichkeitsrechnung und unter Skizzierung der Kriterien, die für uns ausschlaggebend waren, warum wir einen Wechsel vornehmen, und dann auch mit der Kommunikation, was die nächsten Schritte sind. Die Implementierung würde in den ersten Ansätzen für 2015/16 vorgesehen. Dann macht es wahrscheinlich erst im darauffolgenden Jahr Sinn. Aber bis Ende des Jahres können wir Ihnen die Daten, die hier im Raum standen, auf jeden Fall liefern, wenn auch nicht in der Feinheit. Herr Birk! Wie gesagt, diese Investitionskosten in den Bezirken würden wir in solchen Fällen noch nicht erheben, aber den größten Teil der Punkte, IT-Sicherheitslücken, Datenschutzprobleme, würden wir mit aufführen. Das ist gar keine Frage.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Wunderbar! Das hört sich gut an. Geht das bis Ende November – dann könnten wir es am 8. Dezember auf die Tagesordnung setzen – oder eher bis Ende Dezember? Dann hätten wir es in der ersten Sitzung im Januar.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Herr Birk nannte es die Berliner Praxis. Vielleicht können wir es im Dezember liefern und im Januar behandeln.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Machen wir es so! Die Evaluation hatten Sie auch dabei genannt. – Gut! Vielen Dank! – Gibt es weitere Nachfragen, die ich übersehen habe?

Thomas Birk (GRÜNE): Wir haben eine Beschlussempfehlung vorliegen. Die würde ich gern abstimmen lassen.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Das tun wir jetzt, Herr Kollege Birk. Sie kennen mich doch und wissen, dass ich so was auch mache. – Weitere Redebeiträge gibt es nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Entwurf einer Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist für die Annahme des Entwurfs von Bündnis 90/Die Grünen? Bitte jetzt die Arme heben! – Das sind die Fraktionen Die Linke, Piraten und Grüne. Wer ist gegen die Annahme dieses Entwurfs? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Das ist die Mehrheit, und dann ist es abgelehnt.

Nach meiner Ansicht würden wir jetzt zur Abstimmung über eine Stellungnahme im Sinne, dass es zur Kenntnis genommen wird, kommen. Da letztendlich der Entwurf abgelehnt wurde, wäre es eigentlich logisch, dass man davon ausgeht, dass wir dem Hauptausschuss empfehlen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Dann müssen wir nicht im Einzelnen darüber abstimmen. Gibt es Widerspruch dazu? – Den höre ich nicht. – [Zuruf] – Herr Birk!

Thomas Birk (GRÜNE): Ich nehme den Bericht nicht einfach so zur Kenntnis und möchte das ausdrücklich mit einer Abstimmung zur Kenntnis geben. Insofern würde ich darüber gern abstimmen.

Vorsitzender Fabio Reinhardt: Das ist der Widerspruch, nach dem ich gefragt habe. Wunderbar! – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, ob wir diesen Bericht so zur Kenntnis nehmen. – [Sven Kohlmeier (SPD): Wie ist die Frage?] – Die Frage ist, ob die Stellungnahme an den Hauptausschuss ist, dass wir diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Das ist die Alternative zu dem Entwurf, der hier vorlag. – [Sven Kohlmeier (SPD): Die Abstimmungsfrage ist, ob wir den Bericht zur Kenntnis nehmen?] – Die Abstimmungsfrage lautet: Nehmen Sie, Herr Kollege Kohlmeier oder andere angesprochene Kolleginnen und Kollegen im Raum, diesen Bericht so zur Kenntnis? – Dann bitte jetzt melden, wer das tun möchte! – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer möchte diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen? – [Zurufe] – Das sind die Oppositionsfraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das mehrheitlich angenommen und wird dem Hauptausschuss so vorgelegt. – Vielen Dank! Dank auch noch mal an Herrn Staatssekretär Rackles und an Herrn Hansen!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Digitalisierung von Kunst- und Kulturgütern und
Auswirkung auf die Urheber und Künstler**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0027](#)
ITDat

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0852
**Ein gemeinsames IT-Nachnutzungs- und IT-
Recyclingkonzept für das Land Berlin**

[0086](#)
ITDat
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Trusted Computing – Hintertür in die Berliner
Verwaltung?**
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0125](#)
ITDat

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.